

Die Lektion des Kalten Krieges

Von **Peter Bender**

Wer noch weiß, was Kalter Krieg war, fühlte sich Mitte Februar bei der Lektüre deutscher Zeitungen um fünfzig Jahre zurückversetzt. Er spürte, wie die Angst und Arroganz, die sich einst gegen die Sowjetunion richteten, heute weiterleben, nicht als offene Feindschaft wie damals, aber als untergründiges dumpfes Ressentiment gegen Putins Russland.

Der Präsident hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine Rede gehalten, in der er den Vereinigten Staaten unverblümt vieles vorwarf, das auch manche Westeuropäer ihrem großen Verbündeten vorwerfen. Aber wenn ein Russe das sagt, ist es etwas anderes.

Im Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Februar bildete nicht das Ereignis, Putins forsche Rede, die Hauptsache, sondern die Reaktionen auf das Ereignis. Nicht ein Wort des Präsidenten gab die Schlagzeile, sondern die Antwort des amerikanischen Verteidigungsministers. Nicht Putins Ausführungen standen am Anfang des Berichts, sondern die Entgegnungen von Amerikanern, Tschechen, Holländern. Was Putin gesagt hatte, erfuhr der Leser erst am Ende der zweiten Seite. So wurde auch in den Zeiten des Kalten Krieges berichtet.¹

Und kommentiert: Da Amerika eine Demokratie und Russland eine Demokratie ist, ergibt sich für jeden stolzen deutschen Demokraten von selbst, wer Recht hat und wer nicht.² Was eine entschiedene, scharfe Verfechtung russischer Meinungen und Interessen war, wurde zum Paukenschlag und Überfall, zur Frechheit und Drohung. Und wer sich gegen eine solche „Strategie der vorbeugenden Einschüchterung“ nicht sogleich und überall vernehmlich zur Wehr setzt, der hat die „Herausforderung ohnegleichen“ nicht bestanden. Jämmerliche Schwäche des Westens und gefährliche Aggressivität des Ostens – auch das ist ein guter alter Bekannter aus den Hysterien des vergangenen Jahrhunderts.

Das Bedenkliche an vielen Reaktionen liegt in der verbreiteten Unfähigkeit, Politik und demokratische Überzeugung auseinanderzuhalten. Dabei haben wir über vierzig Jahre lang, von 1945 bis 1989, mühsam lernen müssen, wie ideologische Verengung und Verblendung beider Seiten vernünftigen Umgang miteinander verhindern und sogar in lebensgefährliche Situationen führen können.

1 Vgl. die Dokumentation der Rede Putins in „Blätter“ 3/2007, S. 373-380.

2 „Der Tagesspiegel“, 13.2.2007.

Der Kampf der Glaubensbekenntnisse

Als die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg anfangen, sich über ihre Zukunft Gedanken zu machen, sahen sie sich in eine Welt versetzt, die ein wenig verrückt erschien: Sie hatten Hitlers Germanenkult und Rassenwahn Sinn hinter sich und waren nun gleich wieder politischen Glaubensbekenntnissen ausgesetzt, denen sie sich anschließen sollten. Hinzu kam, dass diese Bekenntnisse bald in unversöhnliche Feindschaft gerieten und die Welt in zwei Lager teilten, die einen Kalten Krieg gegeneinander führten. Ein ideologischer Totalitarismus breitete sich aus, die Doktrinen überwucherten das Denken, besonders das politische Urteilsvermögen.

Auf beiden Seiten der großen Grenze, von Churchill „Eiserner Vorhang“ genannt, herrschte die feste Überzeugung, die Gegenseite wolle und plane das Schlimmste, vielleicht sogar einen Krieg. Beide Seiten meinten, sie hätten es auf der anderen nicht nur mit böartigen Politikern zu tun, sondern mit einem böartigen „System“. Der Imperialismus, glaubte man im Osten, und der Kommunismus, glaubte man im Westen, seien ihrem Wesen nach aggressiv, expansiv und fixiert auf die Gewinnung der Weltherrschaft.

Später erwies sich jedoch, gerade in lebensgefährlichen Situationen, dass die Verantwortlichen in Moskau wie in Washington nicht ideologisch, sondern politisch dachten und Kompromisse fanden, um nicht in einen Krieg, vielleicht sogar einen Atomkrieg zu geraten.

Dies geschah jedoch erst Anfang der 60er Jahre, wer konnte es vorher wissen? In der Welt, in die sich die Deutschen nach 1945 einordnen mussten, glaubte keine Seite der anderen. Beide boten auch hinreichend Stoff, um gegenseitiges Misstrauen zu nähren. Die Kommunisten, das konnte man überall nachlesen, betrachteten es als ihre Aufgabe, die Weltrevolution zu betreiben, die Demokraten in Amerika sahen es als ihre Mission an, der Welt die Freiheit zu bringen. Auch das war vielfach nachlesbar.

Aber hier wie dort wurde mehr gelesen als gedacht. Was Theorie, Ideal, bestenfalls fernes Fernziel war, wurde als Handlungsanleitung für die praktische Politik genommen. Jede Maßnahme des Gegners wurde auf eine weiterreichende Absicht geprüft, Verschwörungstheorien wucherten und fanden leicht Anhänger. Selbst Pannen auf der anderen Seite wurden beargwöhnt, vielleicht steckte ein besonders raffiniertes Manöver dahinter.

Das Wahrnehmungsvermögen litt darunter. Als die nordkoreanischen Kommunisten 1950 Südkorea überfielen, war der gesamte Westen überzeugt, Stalin beginne in Ostasien mit der Weltrevolution, vielleicht sogar als Ablenkungsmanöver, um sich dann Westeuropa einzuverleiben. Erst Jahrzehnte später wurde klar, dass Kim Il Sung eine Gelegenheit wahrzunehmen versucht und erst lang- und mühsam Stalins Einverständnis dafür erhalten hatte. Die Gelegenheit für diesen Angriff hatten zudem die Amerikaner geboten, die Südkorea fast ganz geräumt und als nicht nötig für ihre Sicherheit erklärt hatten.

In Westeuropa aber standen sie und hatten sich mit der NATO zu dessen Verteidigung verpflichtet. Ein sowjetischer Angriff hier hätte den dritten Weltkrieg bedeutet, zu dem Stalin kaum in der Lage und zudem nicht willens war.

Doch der Korea-Schock alarmierte den ganzen Westen und stürzte die Westeuropäer in hysterische Kriegsangst.

Noch größer wurde missdeutet, was Moskau zur Bewahrung seiner Macht tat. Die Niederschlagung des Aufstands am 17. Juni 1953, die Niederkämpfung der ungarischen Revolution 1956, der Bau der Berliner Mauer 1961, all das bewies Gewaltentschlossenheit, aber nicht Expansionsbereitschaft. Dennoch wurde es im Westen vielfach als Wille zur Eroberung aufgefasst: Dies sei nur der erste Schritt, wenn der Westen ihn hinnähme, werde der zweite folgen, vermutlich im Handstreich, mit dem sich die „Sowjets“ dann auch gleich West-Berlins bemächtigen.

Weit verbreitet war die Vorstellung: Wer, wie die Moskauer Führung, im eigenen Haus so brutal vorgeht, bricht auch in andere Häuser ein. Nur manche erkannten, dass die Sowjetunion in die Defensive geraten war: Ein Imperium bewältigte seine Eroberungen nicht und konnte sich nur militärisch zusammenhalten. Kurz nach dem sowjetischen Gewaltakt in Budapest schrieb der jugoslawische Dissident Milovan Djilas: „Die Revolution in Ungarn bedeutet den Anfang vom Ende des Kommunismus.“

Auf der Ostseite sah man oft nicht klarer. Die Überzeugung vom imperialistischen Charakter der USA verstellte die Einsicht, dass sich die Amerikaner zur Machterhaltung, nicht zu ihrer Erweiterung in Vietnam engagierten. Fixiert auf ihre Domino-Theorie befürchteten sie, wenn Vietnam den Kommunisten anheimfalle, würden alle Länder Südostasiens wie Dominosteine fallen, eines nach dem anderen.

Die östliche, orthodoxe Überzeugung vom faschistischen und revanchistischen Charakter der Bundesrepublik verhinderte mindestens 30 Jahre lang ein sachliches Urteil. Das Zerrbild entstand aus einer Mischung von historischer und ideologischer Befangenheit, in gemilderter Form überlebte es mancherorts bis ins 21. Jahrhundert.

Nach den Erfahrungen mit deutschem Ostkrieg und deutscher Okkupation war es ein erklärliches und dennoch groteskes Missverständnis: In Bonn wurde Adenauer bekämpft, weil er dem Osten den Rücken zukehrte, in Osten wurde er gefürchtet, weil er einen neuen Ostfeldzug plane, wenn nicht allein, so doch als Initiator eines Krieges, in den er die US-Imperialisten hineinziehe. Im ganzen Osten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurde das eigentliche Problem westdeutscher Ostpolitik nicht erkannt: es war nicht Revisionismus und Eroberungslust, sondern Gleichgültigkeit und Angst.

Herrschaft der Ideologien

Die Ideologien herrschten über Kontinente und Nationen. Europa war nicht mehr Europa, Ost und West teilten es nicht nur, sie gliederten es neu. Westeuropa hatte zuvor nie bis zur Elbe gereicht, Osteuropa niemals Polen, Böhmen und Ungarn umfasst. Aber historische Eigenständigkeit, geografische Zusammengehörigkeit und kulturelle Verwandtschaft zählten nicht mehr im Kampf der Ideologien.

Die neuen, um Moskau und Washington gruppierten Gemeinschaften sollten die alten Gemeinsamkeiten ersetzen. Warschau und Prag sollten sich Moskau zugehörig fühlen, die Herzen der Pariser und Mailänder sollten im gleichen Takt schlagen wie die Herzen der New Yorker. NATO und Warschauer Pakt – dazwischen gab es nichts und durfte es nichts geben. Der Glaubenskrieg der Systeme erlaubte ideologisch keinen „Dritten Weg“, politisch keine Neutralität und geografisch keine Pufferzone.

Auch Deutschland, so schien es, war nicht mehr Deutschland, es war nicht nur geteilt, sondern einbezogen in die neuen, einander feindlichen Welten. Die Wiedervereinigung war zwar Programm beider Staaten, aber in der politischen Praxis ging Ideologie vor Nation – in Westdeutschland auch nach Meinung der großen Mehrheit.

Entspannung und Koexistenz

Erst mit den 60er Jahren begann eine neue Zeit. Sie hatte ihren Ursprung in einem veränderten und sich weiter verändernden Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion. Die atomare Überlegenheit der Amerikaner schwand, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erreichten die Russen Gleichstand. Damit konnte keiner mehr einen Atomkrieg führen, ohne selbst atomar verwüstet zu werden.

Die Vereinigten Staaten traf ein zweifacher Schock: Nicht nur schreckte die unvorstellbare Zerstörungskraft der Nuklearwaffen, sondern die Existenz sowjetischer Raketen, die Ozeane überfliegen konnten, bedeutete eine historische Zäsur. Die Meere schützten Amerika nicht länger, die USA waren nicht mehr unverwundbar. Seit 1814 englische Truppen Washington angezündet hatten, war ihr Territorium von Feinden und feindlicher Einwirkung unberührt geblieben. Mehr als anderthalb Jahrhunderte konnten die Amerikaner in allen Ländern der Welt Krieg führen und sich dabei gewiss sein, dass ihr Land, ihre Familien, ihre Häuser und Industrieanlagen unversehrt bleiben würden.

Auch die Sowjetunion stand unter dem Druck ihrer Geschichte, allerdings gerade umgekehrt. Was den Amerikanern erspart geblieben war, hatten die Russen und die anderen Völker der Union im Übermaß erlitten, nämlich Eroberung und Zerstörung. Als Bundeskanzler Brandt zum ersten Mal nach Moskau kam, zeigte man ihm in der Nähe des Flugplatzes das Denkmal, das die Stelle bezeichnete, an dem die deutschen Panzer 1941 umkehren mussten. Auf der Weiterfahrt zur Stadt ließ Ministerpräsident Kossygin auf den Leninhügeln anhalten und führte Brandt an den Platz, von dem Napoleon einen letzten Blick auf das brennende Moskau gerichtet hatte.

Das 20. Jahrhundert brachte Russland zwei Weltkriege und die Besetzung großer Teile des Landes. Die Verluste des Zweiten sind bei Volk und Politik bis heute lebendig: 13,5 Millionen gefallene Soldaten, über sieben Millionen umgekommene Zivilisten, unendliche Verwüstungen in Städten, Dörfern und der Industrie.

Realität statt Ideologie

Der Anfang der 60er Jahre führte Russen und Amerikanern vor Augen, wie schnell aus strategischen Spekulationen Wirklichkeit werden konnte. Als die DDR im Sommer 1961 durch Massenabwanderung auszubluten drohte, sagte der amerikanische Präsident John F. Kennedy zu einem Berater: „Ostdeutschland entgleitet Chruschtschow, das kann er nicht hinnehmen. Wenn Ostdeutschland verloren geht, sind auch Polen und ganz Osteuropa verloren. Er muss etwas tun, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen – vielleicht eine Mauer? Wir werden nichts dagegen tun können.“

Kennedy sprach hier nicht von Freiheit und kommunistischer Gewaltherrschaft, er sah die Notlage einer anderen Großmacht, auf die er Rücksicht nahm, damit aus der Krise nicht Krieg wurde. Chruschtschow reagierte entsprechend. Er redete nicht von Kapitalisten oder Imperialisten und beschränkte sich auf die Rettung der DDR. Er ließ Ulbricht die Mauer bauen, aber er ließ ihn nicht an den Flugverkehr der Westmächte nach West-Berlin heran, den der SED-Chef kontrollieren wollte, um West-Berlin allmählich abzuwürgen. Chruschtschow erläuterte sein Handeln wie Kennedy mit der Rücksicht auf den Frieden, er habe „einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten“ vermeiden wollen, „der möglicherweise zum Krieg geführt hätte“.

Mit gleicher Vorsicht bewältigten beide den Kuba-Konflikt. Schrecken hatte die Atommächte gepackt – ein Krieg um Berlin war möglich gewesen, ein Krieg wegen Kuba wahrscheinlich. Das Wort Frieden, lange Zeit in der Propaganda-Routine zur bloßen Phrase verkommen, erhielt seine Bedeutung wieder.

Washington und Moskau zogen bald erste Konsequenzen. Um in Krisen schnell in Kontakt zu kommen und zu bleiben, installierten sie zwischen den Führungszentren eine Fernschreibverbindung. Die Gefahr eines ungewollten atomaren Zusammenstoßes erzwang ein nahezu widernatürliches Verhalten. Den Feind mit neuer Technik zu übertrumpfen, konnte nicht länger alles sein. Da es um beider Leben ging, erschien es ratsam, sich über Art und Zahl der tödlichen Waffen zu informieren und über ihre Begrenzung zu verständigen, so mühsam es war und so unvollständig es oft gelang. Über ihr strategisches Verhältnis blieben Moskau und Washington in vertraulichem Gespräch, das sie allein miteinander führten und das sie über alle anderen Länder erhob.

Beide wurden zu Hütern des Status quo, der bestehenden Verhältnisse. Jeder wahrte wie bisher seinen Besitzstand, aber verzichtete darauf, den Besitz des anderen zu schmälern. Beide wussten, schwere Verluste oder auch nur die Gefahr schwerer Verluste wären für den Gegner nicht erträglich und würden ihn zu gemeingefährlichen Gegenmaßnahmen nötigen. Neue Begriffe erlangten Bedeutung: „Stabilität“ hieß, beiderseits der Grenze solle Ruhe herrschen; in den unruhigen Wochen vor und nach dem Mauerbau fürchtete die amerikanische Politik einen Aufstand in der DDR. „Berechenbarkeit“ hieß, auf die Vernunft der anderen Seite musste Verlass sein; Abenteuer wie Raketenaufbau in Kuba durften nicht mehr vorkommen.

Allmählich änderte sich auch das Denken. Zwar misstraute man einander weiter, aber die Verteufelung der jeweiligen Gegenseite ging zurück. Äuße-

rungen westlicher Politiker verrieten die Abkehr von Wunschvorstellungen und Schreckbildern und die Rückkehr zum Realismus: Man müsse mit Moskau verhandeln „im Wissen um die Lage, wie sie ist“ (Adenauer 1959). „Wir müssen uns mit der Welt befassen, wie sie ist“ (Kennedy 1963). „Wir sind gezwungen, die Welt so zu nehmen, wie sie ist“ (de Gaulle 1965). „Unsere Politik muss den Realitäten von heute – nicht denen von gestern entsprechen“ (Präsident Johnson 1966). „Ohne Scheuklappen sehen, was ist“ (Bundeskanzler Kiesinger 1967). „Ausgehen von dem, was ist“ (Bundeskanzler Brandt 1970). „Man muss die Welt so sehen, wie sie ist“ (Präsident Nixon 1971).

Alle diese Äußerungen galten der Notwendigkeit, ein neues Verhältnis zum politischen Osten zu finden. Sie entsprangen der Einsicht in veränderte Umstände und der Absicht, die Umstände weiter zu verändern. Wirklichkeits-sinn verband sich mit leiser Hoffnung: Wir können den Gegner nicht besiegen, also müssen wir uns mit ihm arrangieren. Wir können den Kommunismus nicht beseitigen, also müssen wir versuchen, ihn zu mildern. Der Osten verändert sich, also können wir die Beziehungen zu ihm verändern.

Die Politiker des Ostens sprachen oft ähnlich und dachten ebenso realistisch. Der polnische Parteichef Wladislaw Gomułka belehrte den naiven Ex-KPD-Chef Max Reimann: „Der Sozialismus ist eine schöne Idee, aber das Leben ist sehr brutal.“ Und die Einsicht in die Notwendigkeit, sich mit dem Westen zu arrangieren, breitete sich in allen Ost-Hauptstädten aus: Überwinden konnte man den Kapitalismus nicht, aber nutzen musste man sein Kapital und seinen technischen Vorsprung.

So wurde Entspannung zum großen Thema der 60er Jahre. Allerdings wurde mehr darüber gedacht und gesprochen als dafür getan. Die meisten wollten Entspannung, aber eigene Hemmungen und fremde Hemmnisse hinderten. Entspannung bedeutete zunächst zwar nicht mehr, als das Wort sagt: weniger Spannungen und später vielleicht gar keine mehr. Doch dem sollte mehr folgen: „*détente*, entente, coopération“ lautet de Gaulles berühmte Formel; von der Entspannung wollte er fortschreiten zur Verständigung und schließlich zur Zusammenarbeit. „Von der Konfrontation zur Kooperation“ proklamierte der amerikanische Präsident Richard Nixon.

Die Formel des Ostens hieß „friedliche Koexistenz“, auch daraus sollte mehr werden als die bloße Hinnahme der Existenz des Anderen. Über Handel, technischen Austausch, ausgewählte Kulturbegegnungen sollte politisches Verständnis entstehen und am Ende auch Verständigung.

Beiden Seiten ging es um politische Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung eines Krieges, nicht aber um Beendigung des Kampfes zwischen Ost und West. Der sowjetische Parteichef Chruschtschow proklamierte einen „Wettkampf der Systeme“, der entscheiden solle, „welches System lebensfähiger ist, welches System den Erwartungen der Völker mehr entspricht und sowohl die materiellen als auch die geistigen Bedürfnisse der Völker ausgiebiger befriedigen kann“. Auch der ideologische Kampf müsse weitergehen; die Koexistenz der Staaten sei sogar „eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ und biete der eigenen Seite dafür günstigere Bedingungen. Genauso wurde auf der Westseite gerechnet. Wirtschaftlich

war man dem Osten überlegen, ebenso in der Attraktivität der Lebensverhältnisse. Entspannung versprach günstigere Bedingungen für einen „freien Austausch von Informationen und Ideen“, also bessere Einflussmöglichkeiten des Westens auf den Osten. Beide Seiten glaubten weiterhin an den Sieg ihres Systems, aber vertagten ihn in eine ferne, kaum mehr erkennbare Zukunft.

Entspannung und Machtdemonstration – zwei Seiten einer Medaille

Wichtig war allen Seiten, dass Entspannung nicht mit Schwäche verwechselt würde. Entspannungspolitik konnte nur treiben, wer sich sicher fühlte. Amerikaner und Russen rüsteten weiter, auch wenn sie über eine Begrenzung der Rüstungen verhandelten. Präsident Richard Nixon scheute sich nicht, am Vorabend seiner ersten Reise nach Moskau den Bombenkrieg gegen Moskaus kommunistischen Bruder Nord-Vietnam zu intensivieren. Als Bundeskanzler Brandt Entspannung mit dem Osten suchte, wusste er: „Unsere Ostpolitik hat im Westen zu beginnen.“ Das bedeutete: Ohne Rückhalt im Westen, zur Not sogar ohne Rückzugsmöglichkeit zum Westen konnte sich die Mittelmacht Bundesrepublik nicht der Großmacht Sowjetunion stellen.

Die 60er Jahre bildeten eine Zeit des Übergangs, aber auch der ersten Erfahrungen. Erstmals kam das Grundgesetz aller Entspannung zur Geltung: Wie sich das Verhältnis zwischen den Fronten aus der Erstarrung lockerte, so lockerten sich auch die Fronten selbst. Die Erleichterung, dass Spannung und Kriegsgefahr nachließen, verringerte das Gefühl, bedroht zu sein; wo sich viele Jahre lang alle der Blockdisziplin gefügt hatten, gingen nun mittlere und kleine Allianzmitglieder eigene Wege. Die halbe amerikanische Westeuropapolitik war mit de Gaulle beschäftigt, der die Militärorganisation der NATO verließ und Alleingänge nach Osten unternahm. Das sowjetische Politbüro musste sich mit den eigenwilligen Rumänen herumärgern und fand 1968 gegen die eigenständig werdende Tschechoslowakei kein anderes Mittel mehr als die militärische Besetzung.

Die Entspannung erwies sich als zweischneidig. Sie minderte die Bedrohung durch Raketen und Soldaten, aber schuf neue Gefahren durch Verlockung und Verführung. So gab es auf beiden Seiten Anhänger und Gegner der Entspannung, je nachdem ob man die Chancen oder die Risiken für größer hielt. Die Gründe zur Sorge waren im Osten stärker und die Art und Weise, damit fertig zu werden, viel brutaler. Der Prager Frühling, die wunderbare Erlösung von stalinistischem Druck und Hoffnung auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, all das entstand in dem leichten Klima, das sich seit Mitte der 60er Jahre ausbreitete. Doch nach der sowjetischen Intervention wurde für zwei Jahrzehnte alles schlimmer, die Tschechoslowakei erstarrte unter der drückenden Herrschaft engstirniger Funktionäre. Zugleich aber war es dieser Gewaltakt, der Moskau zur Entspannung erst wieder befähigte, denn nun hielt es sein „Lager“ für ausreichend gefestigt, um mit dem Westen große Geschäfte zu machen. Für die Deutschen entstand mit der Entspannung eine neue Lage. Die Grenzen in Europa wurden leichter überschreitbar,

aber verfestigten sich und erhielten eine höhere Bedeutung. Vorher waren sie nur das Zufallsergebnis des Zweiten Weltkrieges, teilweise änderungsbedürftig, zumindest nicht endgültig. Jetzt markierten sie ein Gleichgewicht, das als Bedingung für den Frieden erschien. Sie wurden zur Voraussetzung einer europäischen Ordnung, in der sich die Völker einrichten sollten. Das Gleichgewicht beruhte auf keiner Kräfteberechnung, es wurde behauptet. Die Ordnung entbehrte jeder historischen, kulturellen oder sonst sinnvollen Gliederung, sie rechtfertigte nur, was nicht zu ändern war. Auch die deutsche Teilung, bisher ein Gewaltakt gegen die Natur, wurde in den Augen der Welt zu einem unentbehrlichen Element dieser Ordnung.

Die Rückkehr Europas: der Gipfel von Helsinki 1975

In den letzten Julitagen des Jahres 1975 erreichte die Entspannung ihren „Gipfel“ – ganz wörtlich: In Helsinki versammelten sich die Staats- und Regierungschefs aller Staaten Europas (mit Ausnahme von Albanien) und Nordamerikas. Sie verabschiedeten ein Dokument, das in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. Seit der Einigung über die Charta der Vereinten Nationen war es Demokraten und Kommunisten nicht mehr gelungen, sich auf Regeln im zwischenstaatlichen Umgang zu verständigen – schon gar nicht bis in Einzelheiten wie Manöverbeobachtung, Luftverschmutzung oder Heiratsmöglichkeiten. Zweieinhalb Jahre lang hatten 35 Delegationen verhandelt, bis die 35 Staatsoberhäupter, Ministerpräsidenten oder Kanzler die „Schlussakte“ unterzeichnen konnten. Nie zuvor waren Bereitschaft und Wille zu dauerhafter Entspannung so hoch und zahlreich repräsentiert und so feierlich demonstriert worden.

Doch das Neue war so neu, dass nur manche es erkannten und fast nur die Wirtschaft es sogleich zu nutzen vermochte. In der Politik musste man neu zu denken beginnen: dass der Gegner nicht nur Gegner war, sondern auch möglicher Partner; dass Vorteil für den einen nicht automatisch Nachteil für den anderen bedeutete und dass es außer dem Frieden noch andere gemeinsame Interessen gab. Aber all das wurde nur in Ansätzen vollzogen.

Nichtsdestotrotz gingen zwei weitreichende Wirkungen von der Helsinki-Konferenz aus. Bekannt ist die auflockernde, auflösende Folge des „Korbessdrei“ der Schlussakte, die zum Berufungsdokument für viele wurde, die Bürger- und Menschenrechte im Osten einforderten. Weniger beachtet wurde, dass hier Geschichte und Geografie gegen die Ideologie in Stellung gebracht wurden.

Ost und West, Sozialismus und Kapitalismus, Demokratie und Diktatur waren nicht mehr alles, dahinter – oder darüber – gab es Europa, das älter und beständiger war als politische Glaubensbekenntnisse und Machtverhältnisse. Die Nationen im Westteil des Kontinents bedurften dieser Erinnerung dringend, für sie endete Europa an der Elbe. Die Völker im Ostteil drängten dagegen zum Wohlstand und zur Freiheit im Westen, und auch die Führungen suchten den Anschluss an die moderne Welt.

Die 80er Jahre als Rückkehr der Konfrontation

Als Anfang der 80er Jahre Amerikaner und Russen in eine neue Konfrontation gerieten, wurde deutlich, dass Europa in die Weltpolitik zurückgekehrt war. Drei Konflikte entzweiten die Großmächte: der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die Unterdrückung der polnischen Freiheitsbewegung *Solidarność* und die Stationierung neuer sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa. Moskau und Washington verlangten die tätige Teilnahme ihrer Verbündeten am neuen Ost-West-Kampf, aber erstmals versagte die Bündnisdisziplin.

Drei Jahrzehnte lang hatte wachsende Spannung die Bündnisse geeint. Es war wie ein politisches Naturgesetz gewesen, dass sich die feindlichen „Lager“ umso fester zusammenschlossen, je härter die Großmächte aneinander gerieten. Mit Afghanistan trat dieses Gesetz erstmals außer Kraft – und zwar auf beiden Seiten. Den eigentlichen schweren Konflikt trugen nur die Amerikaner und Russen aus; die Europäer zwischen Bug und Atlantik distanzten sich. Die Führungen im Ost-Lager machten sich kaum die Mühe, ihre Ablehnung der Moskauer Militäraktion zu verbergen. Die Westeuropäer verurteilten sie zwar, aber wehrten sich, wenn sie die amerikanischen Sanktionen unterstützen sollten. Ob Wirtschaftsembargo, Boykott der Olympischen Spiele in Moskau oder die Drosselung von Kultur- und Wissenschaftsverbindungen – es überwog hinhaltender Widerstand. Hinter wortreichen Treuebekundungen verbarg sich das Bemühen, sich aus dem Kampf der Großen herauszuhalten und von der Entspannung in Europa zu retten, was möglich war.

Zwar bildeten die Bündnisse nach wie vor die stärksten Organisationen, denen sich die Europäer wieder fest würden einordnen müssen, wenn es hart auf hart kommen sollte. Aber das zu verhindern, war ihr Bestreben. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing und der deutsche Kanzler Helmut Schmidt versuchten sogar, zwischen Moskau und Washington zu vermitteln, allerdings ohne nennenswerten Erfolg, denn dafür waren sie zu klein und der Streit der Großen zu groß.

Dennoch entstand Anfang der 80er Jahre in Ansätzen etwas Neues. In Umrissen zeigte sich eine neue Struktur: Auf der einen Seite die beiden Atomgroßmächte, beherrscht von der Automatik des Wettrüstens, befangen in ihrer Rivalität und im Machtkampf aufeinander fixiert – auf der anderen Seite die Europäer, verbunden miteinander durch ein verändertes Gefahrenbild: Nicht mehr der Gegner, Kommunismus oder Imperialismus, erschien als die Hauptgefahr, sondern der Gegensatz zwischen den Weltmächten, die schwer berechenbar wurden. Über die große Grenze hinweg vereinte die Europäer die Sorge um Frieden, Ruhe und Gemeinsamkeit auf ihrem Kontinent. Darin steckte mehr Zukunft, als die Akteure ahnen konnten: Die Länder Europas, die sich damals von den „halbeuropäischen“ (George Kennan) Vormächten Amerika und Russland vorsichtig distanzieren, waren dieselben, die seit 2007 in der Europäischen Union vereint sind.

Ende der 80er Jahre ging der Kalte Krieg zu Ende. Was bis dahin die Weltpolitik bestimmt hatte, die Doppelherrschaft zweier Atomgroßmächte, löste

sich auf. Das amerikanische Empire blieb bestehen, das russische Imperium zerfiel.

1989: Niedergang einer Weltmacht

Der Kräfteverfall der Sowjetunion vollzog sich langsam und war lange Zeit kaum sichtbar für die Außenwelt, nicht zuletzt deshalb, weil Moskau militärisch mit den USA gleichgezogen hatte. Kaum sichtbar blieb vor allem der Kern des Verfallsprozesses, die schwindende Kraft der Ideologie, die nicht mehr motivierte und inspirierte, sondern nur noch legitimierte. „Der Kommunist muss glühen“, hatte Chruschtschow noch gerufen, aber das Feuer ideologischer Begeisterung erlosch im gesamten europäischen Kommunismus. Selbst die Gläubigen, ohnehin überall stets eine Minderheit, glaubten nicht mehr.

Was blieb, war der ideologische Betrieb aus Indoktrination und Propaganda, der mit dogmatischer Strenge den Eindruck erweckte, es habe sich nichts geändert. Auch wenn der Glaube schwand, musste die Lehre weiter gelten. Nur die Behauptung, die historische Gesetzmäßigkeit zu kennen und den Weg in die ideale Zukunft der Menschheit weisen zu können, schuf das ideologische Gottesgnadentum, das die ungeteilte und unbegrenzte Herrschaft der Politbüros über ihre Länder und die Herrschaft Moskaus über seine Gefolgsstaaten rechtfertigte.

Die Gebote der Machtwahrung verhinderten durchgreifende Änderungen des politischen und wirtschaftlichen Systems. Doch spätestens Anfang der 80er Jahre wurde klar, dass alle sozialistischen Länder vor einer ausweglosen Alternative standen: entweder durchgreifende Änderungen oder Verelendung mit der Folge gefährlicher politischer Unruhe. Die kommunistische Form zu regieren und die Wirtschaft zu führen, war an die letzte Grenze ihrer Möglichkeiten gelangt, sie wurde mit keiner wesentlichen Aufgabe mehr fertig. Die meisten Parteiführungen bemühten sich zwar um Korrektur und Anpassung, aber die Reformen hörten meist dort auf, wo sie die Macht zu bedrohen schienen. So blieb fast alles Halbheit, nützlich, aber unzureichend, weil es das System unberührt ließ.

Dennoch änderte sich manches unter dem Druck der Verhältnisse: Sozialistische Politik schrumpfte zur Sozialpolitik im weitesten Sinne. Nicht mehr die Änderung, sondern die Befriedigung der Gesellschaft rückte an die erste Stelle der Partei- und Regierungstätigkeit. Nicht die Politisierung der „Massen“ firmierte als Erfolg, sondern ihre Entpolitisierung, die den Regierenden Ruhe versprach. Nicht mehr kämpferischer Geist, sondern gewissenhafte Alltagsarbeit, lautete die Hauptforderung an die Völker.

Die Kommunisten wurden Realisten. Zur Umwertung aller Werte reichte ihre Kraft nicht mehr, sie mussten sehen, dass sie an der Macht blieben und ihre Länder wirtschaftlich voranbrachten. Die „Massen“ sollten besser leben, das sicherte die Macht. Chruschtschows „Wettkampf der Systeme“ war damit am Ende. Der Ost-Sozialismus verlor den Ehrgeiz, Alternative zum Westen zu sein, und verfiel in Imitation des Westens. Lebensverhältnisse wie in West-

europa unter Wahrung der Parteiherrschaft wurden zum unausgesprochenen Ziel.

Daraus ergab sich eine veränderte Haltung zum Westen. Abgewehrt wurde weiterhin alles, was die Einparteien-Herrschaft gefährden konnte. Allmählich geöffnet aber wurden die Ostländer für den Westen in seiner populären Form. Die Massenprodukte der amerikanischen Zivilisation eroberten trotz hinhaltenen Widerstands ein Feld nach dem anderen. Pepsi-Cola holten sich die Russen im Tausch gegen ihren Wodka. Für Coca-Cola, Symbol für die Dekadenz des Kapitalismus, erwarben sozialistische Staaten eine Lizenz. Popcorn und Kaugummi importierte die Sowjetunion. Jeans wurden zur Volksmode im ganzen östlichen Europa, wobei man sehr wohl zwischen dem amerikanischen Original und eigenen Nachahmungen unterschied. Mickey Mouse und Donald Duck hielten Einzug in Moskau; US-Serien im Bonanza-Niveau flimmerten über die Fernsehsender sozialistischer Länder.

1968 bis 1989: Jahrzehnte der Normalisierung

Fast überall im Osten lebte es sich in den letzten zwei Jahrzehnten des Kommunismus leichter als an dessen Anfang, mancherorts auch freier. Zu danken war das weniger der Liberalität der Regierenden als ihrer Schwäche. „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns“, proklamierte der ungarische Parteichef Janos Kádár. Im Gegensatz dazu galt früher bereits als Feind, wer nicht mitmachte. Nun mussten die Regierungen, jedenfalls im östlichen Mitteleuropa, froh sein, wenn die Leute nicht opponierten – überall wurden sie, mit großen Unterschieden von Land zu Land, eigenwilliger und selbstbewusster. Der europäische Kommunismus hörte auf, totalitär zu sein, er wurde autoritär. Das Wichtigste hatte sich geändert, das Kräfteverhältnis: Die Herrschenden waren schwächer geworden und die Beherrschten stärker – oder mit den Worten einer lebenserfahrenen DDR-Bürgerin schon Mitte der 60er Jahre: „Die Kraft ist raus.“

Zwanzig Jahre später zog Michail Gorbatschow die Konsequenz. Er proklamierte grundlegende Änderungen im Inneren und, als unerlässliche Ergänzung dazu, einen fundamentalen Wandel in der Außenpolitik. Dafür lag das „Haupthindernis im ideologischen Gebiet“. Für Erfolge in der neuen Außenpolitik, schrieb sein enger Berater Anatoli Tschernajew, „mussten wir die Mythen und Dogmen der alten, auf Konfrontation gerichteten Ideologie und Theorie abschaffen“. Das begann mit der „Einsicht, dass eigentlich keine imperialistische Bedrohung für die UdSSR bestand“, und setzte sich fort mit der Revision der grundlegenden Doktrin, nach der Außenpolitik internationaler Klassenkampf sei. „Wir müssen uns davon lösen, den anderen als Feind zu betrachten“, sagte Gorbatschow Ende 1989 zu Präsident George Bush sen.

Die Geschichte des Ost-West-Konflikts war die Geschichte einer großen Normalisierung. Die Sowjetunion säkularisierte sich von einem Hort der Weltlösung – oder, aus der Sicht der anderen Seite, der Weltbedrohung – zu einem normalen Imperium. Ihre Gefolgsstaaten verselbstständigten sich von einer verschworenen Gemeinschaft zu normalen europäischen Mittel- und

Kleinststaaten. Und der Kalte Krieg entschärfte sich zu einem normalen Macht- und Interessenkonflikt, nie ganz, aber doch im Wesentlichen.

Die Geschichte dieser Zeit wurde damit zu einer großen Lektion, in der die europäisch-atlantische Welt lernte, dass Politik nicht eine Sache des Glaubens, sondern der Vernunft ist. Gemeinsamer Glaube an die Demokratie ermöglicht engen Zusammenschluss; in die Europäische Union wird nur aufgenommen, wer nach deren Grundsätzen lebt, vor allem Rechtsstaat und Demokratie achtet. Putins Russland erfüllt diese Anforderungen nicht.

Politik hingegen ermöglicht, mit jedem Staat, gleich wie er verfasst ist, ein erträgliches, nützliches oder sogar gutes Verhältnis zu suchen. Dabei geht es um nichts anderes als um einen Ausgleich der Interessen, ein Geschäft, das frei bleiben muss von Religionen und Konfessionen, von Ideologien und Missionen und, soweit es geht, von Animositäten.

All das ist, seit es die Geschichte von Staaten gibt, das Abc der Politik; aber im Glaubenskampf der Systeme war es in gefährlichem Maße missachtet oder vergessen worden. Auch das Selbstverständliche mussten wir wieder erlernen – manche müssen es immer noch.

Wir sollten unseren Politikern, Kanzlerin sowie Außen- und Verteidigungsminister, dankbar sein, dass sie bei Verstand blieben und auf Putins Rede gar nicht eingingen. Das meiste davon werden sie ohnehin längst gekannt haben.



alternativer ECOFIN

Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa

20.-21. April 2007 · Rathaus Schöneberg, Berlin

Konferenz zur EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik mit:
Elmar Altvater, Guillaume Duval, Sven Giegold, David Hall,
Gustav Horn, Jörg Huffs Schmid, Birgit Mahnkopf, u.a.

Vorträge, Workshops, Infostände

Freitag, 20. April: 16-21 Uhr · Samstag, 21. April: 9-19 Uhr

Information und Anmeldung:

www.alternativer-ecofin.org · leonhard.plank@weed-online.org